

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

116 (19.5.1930)

Beilage zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Tagungen in Baden

Landesparteitag der Sozialdemokraten

Die Sozialdemokratische Partei Badens hielt am Samstag und Sonntag in Offenburg ihren Parteitag ab. Es nahmen daran 199 Delegierte, die badischen Reichs- und Landtagsabgeordneten und Gäste aus Württemberg, der Pfalz und dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund teil. Außerdem war als Vertreter des Reichsparteivorstandes Reichstagsabgeordneter Breitscheid erschienen.

Dem Geschäftsbericht, den die Landessekretäre Abg. Reinholdt und Diefenau erstatteten, war zu entnehmen, daß die Partei zur Zeit 24 771 Mitglieder, darunter 3104 weibliche zählt. Die Zahl der Neuaufnahmen in den beiden letzten Jahren, über die sich der gesamte Bericht erstreckt, betrug 5202.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung war die Wahl des Landesvorstandes und des Parteiausschusses. Der Landesvorstand setzt sich aus acht Mitgliedern der Mannheimer Parteiorganisation zusammen. Der Parteiausschuß besteht aus Vertretern der Unterbezirke des Landes.

Der Parteitag nahm hierauf die Aufstellung der Kandidaten zur Reichstagswahl vor. Es wurden folgende Kandidaten genannt: Minister Dr. Kemmle, Chefredakteur Schöpslin, Kaufmann Stefan Maier, Freiburg, Redakteur Ernst Roth („Vollstimme“, Mannheim), Rechtsanwalt Dr. Marum, Landtagsabgeordneter Graf, Forzheim, Frau Abg. Fischer, Karlsruhe, Abg. Großhans, Konstanz und Konsumvereinsgeschäftsführer Müller, Schopfheim.

Neben zahlreichen Anträgen über Organisation und Agitation wurde auch eine Entschließung angenommen, in der die Arbeiterschaft „zum schärfsten Widerstand gegen die Agitationsmethoden der Nationalsozialisten aufgerufen wird.“

Der zweite Verhandlungstag wurde eröffnet mit einem Referat von Stadtrat Geiger, Freiburg, über die kommenden Gemeindefusionen. Der Redner vertrat in etwa zweifelhafte Rede eine Reihe Forderungen auf dem Gebiete der Kommunalpolitik, die in einer Entschließung zusammengefaßt wurden, der der Parteitag zustimmte. Es wird darin eine Entlastung der Gemeinden auf dem Gebiete der Straßen- und Wohlfahrtspflege verlangt, des weiteren ein einheitliches Gemeindefusionssystem und weitgehender Selbstverwaltung.

Landtagsabgeordneter Staatsrat Maier sollte den Bericht der Landtagsfraktion geben, er mußte aber kurz nach Beginn seines Vortrages wegen plötzlichen Unwohlseins ablehnen, worauf Abg. Müller den Bericht weiterführte. Die Haltung bei der badischen Regierungsbildung wurde gebilligt. Eine Entschließung wendet sich gegen die Haltung der Demokraten und der Deutschen Volkspartei.

Reichstagsabgeordneter Dr. Breitscheid sprach über die innerpolitische Lage Deutschlands und die Oppositionsstellung der Sozialdemokratie zum Kabinett Brüning. An der Haltung der Reichstagsfraktion und der Politik der Partei wurde verschiedentlich Kritik geübt. Die Mehrheit des Parteitag stand jedoch hinter der Fraktion und der Parteileitung. In einer Entschließung wurde dann noch eine Reform des Beamtenrechtes (Höchstlohn der Pension 12 000 RM) verlangt.

Badischer Landesauschuß für Leibesübungen und Jugendpflege

Der Badische Landesauschuß für Leibesübungen und Jugendpflege hielt am Samstag und Sonntag im Jugendheim Wilhelmshöhe bei Ettlingen seine Jahreshauptversammlung ab.

In der Hauptversammlung am Sonntag konnte der Vorsitzende, Prof. Mothenbiller, Karlsruhe, u. a. den neuen Referenten für Leibesübungen beim Kultusministerium, Regierungsrat Stenz, begrüßen. Nach dem Jahresbericht sind vom badischen Staat auch für die beiden nächsten Budgetjahre Zuschüsse von je 40 000 Reichsmark vorgesehen. Besondere Aufmerksamkeit hat der Landesauschuß der Sportarztfrage und der Versicherung der Jugendlichen gewidmet. Einige Herren des Karlsruher Fußballvereins zeigten unter Leitung von Sportlehrer Bruno Breckenmacher praktische Vorführungen aus dem Gymnastikbetrieb.

Für den auscheidenden, verdienstvollen ersten Vorsitzenden, Prof. Mothenbiller, wählte die Versammlung einstimmig Herrn Schimpf, Forzheim, den Vorsitzenden der dortigen Ortsgruppe. Der bisherige Gesamtverband wurde im übrigen mit einigen Änderungen wiedergebildet und durch Zuwahl von zwei weiteren Ortsgruppenvertretern auf 27 Köpfe erhöht. Als nächster Tagungsort wurde Heidelberg gewählt. In einer Entschließung an Regierung und Landtag ersucht der Landesauschuß um angemessene Erhöhung der staatlichen Mittel für Jugendpflege und Abungsstätten. Mit Bedauern wird davon Kenntnis genommen, daß der Landtag den einmaligen Zuschuß von 10 000 Reichsmark für das Deutsche Akademische Olympia 1931 abgelehnt hat.

Hauptversammlung des Bad. Bauernvereins

In Adolfszell fand die Haupttagung des Badischen Bauernvereins statt. Präsident Schill konnte u. a. Landrat Dr. Hartmann als Vertreter der badischen Regierung, den Präsidenten des Badischen Landtages, Duffner, den Vertreter der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. Graf Douglas, sowie zahlreiche Reichs- und Landtagsabgeordnete begrüßen.

Direktor Schwörer vom Badischen Bauernverein gab einen Überblick über die Organisation, die nach dem Zusammenschluß der badischen landwirtschaftlichen Genossenschaften auf christlicher Grundlage stehend, bereits jetzt schon wieder 41 000 Mitglieder zählte.

Das Hauptreferat des Tages hielt Reichsminister a. D. Dr. Gernies. Die Not der Landwirtschaft habe einen Umfang angenommen, der außerordentliche Hilfsmaßnahmen erforderlich mache. Hunderttausende von Bauern kämpften heute um das Erbe ihrer Väter. Die Bauern sollten sich aber stets bewußt bleiben, daß sie mit anderen Berufsständen verbunden seien. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Maßnahmen für den deutschen Osten gebilligt werden. Jedoch dürften die Interessen der badischen Bauernbetriebe in ihrer Veredelungswirtschaft darunter nicht leiden.

Landesparteitag der Demokratischen Partei

Am Samstag und Sonntag hielt die Demokratische Partei Badens in Lahr ihren Parteitag ab. Zu den geschlossenen Versammlungen waren über 200 Delegierte aus dem ganzen Land erschienen. Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrich, der am Sonntag in einer öffentlichen Versammlung sprechen sollte, konnte infolge Erkrankung an der Tagung nicht teilnehmen.

Nach einem Bericht des Landesgeschäftsführers, Dr. Stahl, in dem die Mitteilung erfolgte, daß sich die Ortsvereine organisatorisch günstig entwickelt haben, erstattete der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Abg. Hoffmann, einen Bericht über die Landespolitik und über die Tätigkeit der Fraktion. Er übte Kritik an der Landtagsarbeit überhaupt und verlangte unter Hinweis auf die Organisationsänderung im Badischen Bauernverein und den Zusammenbruch des Tauberhofsheimers Lagerhauses Klärung der Geschäftsgebarung.

Im Anschluß hieran wurden Entschließungen angenommen; in der ersten wird die Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei gebilligt und in der zweiten zum Ausdruck gebracht, daß, wenn bei den Kommunalwahlen nach Lage der örtlichen Verhältnisse durch ein Zusammengehen mit der Volkspartei oder anderen Parteien der Einfluß des friedlichen und fortschrittlichen Bürgertums gestärkt werden kann, die Aufstellung gemeinsamer Listen den demokratischen Organisationen freistehet unter der Voraussetzung, daß keine gegen die demokratischen Grundzüge verstoßenden Bindungen eingegangen werden.

Im Mittelpunkt der Tagung am Sonntagvormittag stand ein mehrstündiges Referat des Reichstagsabgeordneten Hummel, der die letzten Vorgänge innerhalb der demokratischen Partei behandelte und betonte, Kritik dürfe nicht in der Form erfolgen, wie in der letzten Zeit gegen die demokratische Reichstagsfraktion wegen ihrer Unterstützung des Kabinetts Brüning. Die Gesetze wären unzweifelhaft noch schlechter ausgefallen, wenn die Demokraten nicht mitgearbeitet hätten. Die demokratische Reichstagsfraktion werde weiterhin gegenüber dem Kabinett Brüning in abwartender Haltung verharren. Die Verwirklichung des Fusionsgedankens stehe wohl noch in weiter Ferne, doch wird heute schon zu überlegen sein, was im Falle von Neuwahlen etwa geschehen kann.

Nach einer lebhaften Aussprache wurden verschiedene Entschließungen angenommen, von denen sich die eine auf Grund eines Referates des Landtagsabgeordneten Wälbin mit Wirtschaftsprüfung befaßt, eine andere sich gegen den Vanzekreuzer B ausspricht. In einer weiteren Entschließung wird die Unterstützung des Kabinetts Brüning gebilligt, und in einer vierten die Umgestaltung des Wahlrechts dahingehend verlangt, daß die Persönlichkeit des Abgeordneten stärker in den Vordergrund tritt.

Landeszentrale des Badischen Einzelhandels e. V.

In Karlsruhe fand am Samstag die 11. ordentliche Generalversammlung der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels e. V. statt. An der Spitze der zahlreichen Ehrengäste hatte sich Minister des Innern, Wittmann, eingefunden.

In seiner Begrüßungsansprache stellte der Präsident, Wisler, Karlsruhe, fest, daß leider die erhoffene Besserung der Wirtschaftslage noch nicht eingetreten sei, und die Zahl der Kontrakte und Vergleiche sich in erschreckendem Maße vermehrt habe. Die versprochene Steuerentlastung müsse zur Tat werden, damit auch der Einzelhandel über die Schwierigkeiten hinwegkommen könne.

Innenminister Wittmann erklärte, die Regierung sei sich der Bedeutung des Einzelhandels bewußt und gewillt, ihm in dem Maße, das dem Staat zufließen, zu helfen. Es seien Anzeichen vorhanden, daß der Geldmarkt sich bessert und das Wirtschaftsleben langsam seiner Besserung entgegengehe. Die Griffe des Badischen Industrie- und Handelsvereins und der Handelskammer Mannheim überbrachte Vizepräsident Reichs, die der Handelskammer Karlsruhe deren Präsident, Nicolaus.

In einem Referat „Kampf um eine Reichsfinanzreform“ forderte Verbandssyndikus Köttinger, Berlin, grundsätzlich eine Senkung der Ausgaben in allen Zweigen der Verwaltung. Der Einzelhandel habe die Vision, kraft seiner engen Verbindung mit der Masse den Spargedanken zu propagieren und zum Erfolg zu verhelfen. — Prof. Dr. Wehrle von der Technischen Hochschule, Karlsruhe, sprach über den „Genossenschaftlichen Gedanken im Einzelhandel“, während Verbandsvizepräsident Steinel, Karlsruhe, in einem längeren Vortrag lebenswichtige Fragen des Einzelhandels behandelte.

In der anschließenden Generalversammlung wurden die Regularien erledigt, dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt, Werner, Freiburg, zum stellvertretenden Präsidenten gewählt und als nächster Tagungsort Forzheim bestimmt.

Tagung der badischen Zahnärzte. Eine wissenschaftliche Tagung der Landesversammlung der badischen Zahnärzte wurde in Baden-Baden abgehalten. Medizinalrat Dr. Walther und Zahnarzt Dr. Bösch legten dar, in welchem Zusammenhang oft (leineswegs immer) rheumatische Erkrankungen mit den Erkrankungen der Zähne, speziell der Zahnwurzeln, stehen. Dr. Bösch stellte am Schluß seiner Ausführungen die Forderung nach Errichtung eines Forschungsinstituts für rheumatische Erkrankungen in Baden-Baden auf, und betonte, daß dort neben dem Internisten und Bakteriologen auch der Zahnarzt sein Feld haben müsse. — Auf der Landesversammlung des Landesverbandes Baden im Reichsverband der Zahnärzte Deutschlands selbst wurden unter Vorsitz von Dr. Gaertner, Freiburg, in der hauptsächlich interne Verbandsangelegenheiten besprochen. Dabei wurde auch von dem Reichsverbandsvorsitzenden Dr. Linnert die durch die nun schon 14 Monate bestehende Aussperrung der deutschen Zahnärzte durch die kaufmännischen Berufsrankentafeln entstandene Lage dargelegt. — Als nächster Tagungsort wurde Konstanz bestimmt.

Der Bezirksverein Baden des Deutschen Fleischerverbandes hielt in Mannheim eine Vorstandssitzung ab, in der zunächst der Statutenentwurf für die geplante Alexfürsorgekasse gebilligt wurde. Ferner wandte sich der Vorstand gegen die Verwendung von Schlachthofüberschüssen durch die Gemeinden für den eigenen Finanzbedarf, anstatt sie für Verbesserungen und Erweiterung der Schlachthöfe zu verwenden, wie es in Mann-

heim und verschiedenen anderen badischen Städten durch Ordstatut vorgesehen ist. Eine Anfrage des Badischen Handwerksammerlages betreffend Lehrlingshaltung beantwortete der Vorstand dahin, daß nicht mehr als zwei Lehrlinge von einem Meister gehalten werden sollten, um den unerkundlichen Zuständen auf dem Arbeitsmarkt im Fleischerhandwerk nicht Vor-schub zu leisten.

Gemeinderundschau

Der Voranschlag des Kreises Karlsruhe für 1930. Am kommenden Mittwoch wird die Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe im Rathaus zur Beratung des Kreisvoranschlags 1930 zusammentreten. Dieser schließt ab in den Ausgaben mit 2 295 472 RM und in den Einnahmen mit 1 076 889 RM. Der ungedeckte Aufwand mit 1 218 583 RM ist durch die Kreissteuer aufzubringen, und zwar werden von je 100 RM Steuerwert wie im Vorjahr erhoben vom Grundvermögen 7,6 Rpf., vom Betriebsvermögen 3,04 Rpf. und vom Gewerbeertrag 57 Rpf. Die Unterhaltung der Kreisstraßen und Kreiswege erfordert einen Aufwand von 1 400 000 RM oder 63 v. H. des gesamten Kreisverbrauchs.

Der Offenburgener Voranschlag für 1930 ist vom Stadtrat verabschiedet worden. Bei 3 279 300 RM Ausgaben und 2 700 100 RM Einnahmen verbleibt ein ungedeckter Aufwand von 579 200 RM, durch den eine Erhöhung der Umlage bedingt ist, und zwar für je 100 RM Steuerwert beim Grundvermögen von 89 auf 98 Reichspfennig, beim Betriebsvermögen von 36 auf 39 Reichspfennig und beim Gewerbeertrag, der bisher allgemein 445 Reichspfennig betrug, in Form einer Staffelung auf 400 Reichspfennig für den Gewerbeertrag bis 10 000 RM und auf 572 Reichspfennig für den Gewerbeertrag über 10 000 RM.

Aber 100 Bewerber um den hiesigen Bürgermeistersposten. Für die Stelle des zweiten Bürgermeisters haben sich 107 Bewerber gemeldet. Davon sind nur 23 aus Baden, 44 aus Preußen, 17 aus Bayern (einschließlich Pfalz), 7 aus Sachsen, 5 aus Hessen, 4 aus Thüringen, je 2 aus Württemberg, Mecklenburg und Bremen, 1 aus dem Freistaat Danzig. Als Verursacher angegeben: 9 Bürgermeister, 6 Stadtrat, Stadtratsrat, Stadtsyndikus bzw. Magistratsrat, 4 Regierungsrat, 3 Amtsgerichtsrat, 3 Ratssachverständiger bzw. Magistratsrat, 1 Regierungssachverständiger, 16 Gerichtssachverständiger, 16 Rechtsanwält, 2 Syndikus, 14 lediglich Dr.-Ing., 8 lediglich Dr. rer. pol., 2 Diplombauingenieur, 4 Abteilungsleiter, 7 Kaufmann, ferner je 1 Notariatsbevollmächtigter, Prokurist, Geschäftsführer, Obersekretär, Bankbeamter, Architekt, Schriftleiter, Publizist, Wirtschaftsprüfer, Weltreisender, Forscher und gelernter Metzger.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Apotheker in Stetten a. L. M. Die Stelle eines Pächters oder Verwalters der Gemeindeapothek in Stetten a. L. M. (Amt Meßkirch) ist zu vergeben. Bewerbungen sind unter Anschluß der bei einem Gesuche um eine Personalanstellung üblichen Zeugnisse (vgl. Bekanntmachung vom 11. Januar 1930) an die Apotheke in Heidenau, Staatsanzeiger vom 14. Januar 1930) einzureichen. Ablauf der Bewerbungsfrist: 14. Juni 1930. Karlsruhe, den 16. Mai 1930.

Der Minister des Innern:
F. Wittmann.

Bekanntmachung

Die abgeordnete Gemartung Rittnert. Die zwischen dem Eigentümer der abgeordneten Gemartung Rittnert einerseits, der Stadt Durlach, den Gemeinden Berg-hausen und Söllingen andererseits abgeschlossene Vereinbarung über die Aufteilung der abgeordneten Gemartung Rittnert wurde mit Wirkung vom 1. April 1930 genehmigt. Karlsruhe, den 15. Mai 1930.

Der Minister des Innern:
F. Wittmann.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Befördert: Kriminalkommissär Jakob Schindler in Heidelberg zum Kriminalinspektor unter gleichzeitiger Versetzung zum Landespolizeiamt in Karlsruhe.

Planmäßig angestellt: Sozialbeamtin Agnes Nerlinger beim Ministerium des Innern.

Zur Ruhe gesetzt kraft Gesetzes: Gendarmeriekommissär August Zeil in Bertheim.

In den Ruhestand versetzt: Polizeisekretär Otto Strittmatter in Heidelberg.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt: Oberregierungsrat Ferdinand Huber im Ministerium des Kultus und Unterrichts zum Ministerialrat dafelbst.

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Ernannt: Kanzleisekretär Georg Diehl beim Amtsgericht Mannheim zum Kanzleiobersekretär, Aufseher Gustav Wäcker bei den Strafanstalten Bruchsal zum Oberaufseher.

Versetzt: Die Aufseherinnen Luise Seis beim Bezirksgefängnis II in Freiburg zur Frauenstrafanstalt Bruchsal und Frieda Storr bei der Frauenstrafanstalt Bruchsal zum Bezirksgefängnis II in Freiburg.

Entlassen auf Antrag: Handelsrichter Fabrikdirektor Moritz Wagner in Mannheim bei den Kammern für Handelsfachen des Landgerichts dafelbst.

Zur Ruhe gesetzt: Justizsekretär Jakob Willhaud beim Amtsgericht Freiburg bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

